

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser!

Sachsens Ministerpräsident hat sein monatelanges Schweigen gegenüber dem Landtag zum sich verschärfenden Lehrermotstand und Unterrichtsausfall an den Schulen im Freistaat unterbrochen: für genau 41 Sekunden. In dieser Zeit warf er der Opposition „Krawall“ vor, was vor allem eine Beleidigung Tausender Schüler/innen ist, die mit einem Aktionstag und einer Demonstration zum sächsischen Parlament ihren berechtigten Unmut über die selbstverschuldete Personalmisere in Sachsens Bildungswesen zum Ausdruck gebracht haben. Und das gemeinsam mit Studierenden, die an den Hochschulen mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben.

Eigentlich wollte unsere bildungspolitische Sprecherin Cornelia Falken nur von der neuen Kultusministerin wissen, woher die 23 Millionen Euro genommen werden, die die Regierung nun für ihre verspätete wie unzureichende Notoperation zur Gewinnung von mehr Lehrernachwuchs einzusetzen gedenkt. Ganz davon abgesehen, dass in der Demokratie das Parlament über die Verwendung von Steuergeldern entscheidet, weshalb bei der Haushaltsaufstellung vom „Königsrecht“ der Abgeordneten die Rede ist. Antwort des Ministerpräsidenten: Aus dem Landeshaushalt. Woher auch sonst? Offenbar hat Herr Tillich den Überblick über die Kernaufgaben einer Landesregierung – und dazu gehört die Verantwortung für Schulen – verloren.

Die Beratungen über den kommenden Doppelhaushalt im Herbst werden fürs Kabinett Tillich zur Stunde der Wahrheit.

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Billig: Kommt teuer! – LINKE und SPD für Reform des Vergaberechts

Bereits 2010 sprachen sich sämtliche Sachverständige in der Anhörung des Vergabeberichts für eine grundlegende Reform des sächsischen Vergaberechts aus. Bei den Fraktionen DIE LINKE und SPD rannten sie damit offene Türen ein, im Schulterschluss mit dem DGB erarbeiteten sie einen Gesetzentwurf, der Tariftreue- und Mindestentgeltregelungen einführt, den sächsischen Mittelstand fördert, eine umweltgerechte Beschaffung befördert, Gleichstellung und Behinderte begünstigt sowie den Rechtsschutz auch im Bereich unterhalb der gesetzlichen Schwellenwerte gewährt.

Am 10. Mai 2012 stand der Entwurf „Gesetz zur Neufassung des Vergaberechts im Freistaat Sachsen und zur Änderung weiterer Vorschriften“ (Drs 5/9013) zur 1. Lesung auf der Agenda der 56. Plenartagung. „Dieses Gesetz verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele. Erstens: Von seiner Händearbeit muss man ohne staatliche Hilfe leben können und zweitens: Mit Steuergeldern ist sparsam umzugehen, Nachträge, Nachforderungen in den gewohnten



Ziehen beim Vergaberecht an einem Strang: Mitglieder des DGB, der LINKEN und der SPD

Ausmaßen sind auszuschließen. Wir wollen einen fairen Wettbewerb, der über die Qualität läuft und nicht über den Missbrauch von Billig-Jobs, Leiharbeit und schlechten Arbeitsbedingungen. Die öffentliche Hand muss hier Vorreiter sein. Unser Gesetzentwurf verbietet die staatliche Unterstützung von Billiganbietern und offeriert Städten, Gemeinden und

Landkreisen verlässliche Kriterien für ihre Vergabeentscheidungen. Zugleich erhalten die Bieter Rechtssicherheit, da sie ihre Angebote an feststehenden gesetzlichen Regelungen ausrichten können“, so der **LINKE Wirtschaftsexperte Karl-Friedrich Zais**. Der Gesetzentwurf wurde zur Weiterbehandlung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

67. Jahrestag der Befreiung

Am Ende waren es über 100 Menschen, die sich Anfang Mai am Ehrenhain der Roten Armee auf dem Leipziger Ostfriedhof versammelt hatten, um der 67. Wiederkehr der Befreiung vom Hitlerfaschismus zu gedenken. Sie waren der Einladung der Landtagsfraktion DIE LINKE, der Leipziger LINKEN Stadtfraktion, des Deutsch-Russischen Zentrums Sachsen e.V. (DRZ) und deren AG „Renaissance Judentum in Sachsen“ gefolgt. Meh-

rere Redner ergriffen das Wort, darunter Leipzigs Bürgermeister Heiko Rosenthal, die MdL Dr. Volker Külöw Dr. Dietmar Pellmann sowie der DRZ-Vorsitzende Herbert Schmidt, der in einer Rede neben den gefallenen Sowjet-Soldaten auch an die West-Alliierten und deutschen Antifaschisten erinnerte, die im innerdeutschen Widerstand aktiv waren. Külöw skizzierte den unbefriedigenden Umgang mit dem „Tag der Befreiung“ in Sach-

sen und Deutschland und mahnte, dass alles dafür getan werden müsse, damit Zeit faschistischer Barbarei nicht in Vergessenheit gerät.

Die Kranzniederlegung bestritten der Erzpriester der Russisch-Orthodoxen Gedächtniskirche zu Leipzig, Alexej Tomjuk, und Zsolt Balla, Rabbiner der Israelischen Religionsbereitschaft zu Leipzig, gemeinsam und sprachen jeweils ein Gebet in russischer und hebräischer Sprache. Kulturell wurde die Gedenkveranstaltung durch Beiträge des Kreisverbandes des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland im Bund der Vertriebenen, die im DRZ organisatorisch eine neue Heimat fanden, bereichert. An der Kranzniederlegung nahmen auch zahlreichen Veteranen des II. Weltkrieges teil. Am Abend gedachten die Anwesenden auf dem Gelände des Sommerbades Ost gemeinsam mit Iossif Iolych vom Jüdischen Forum beim DRZ der sowjetischen Soldatinnen und Soldaten, die ihr Leben im Kampf gegen den deutschen Faschismus verloren haben.

Text und Bild: Jens Wodrich



Nein zur „Herdprämie“, Ja zum Kita-Ausbau!

„Die CDU missachtet die wirklichen Wünsche der Eltern“, ist **Heike Werner** überzeugt. Die **familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion** fordert statt des Betreuungsgeldes mehr Krippenplätze einzurichten.

„Nein zum Betreuungsgeld – Ja zum Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz“ war der Antrag der Fraktion DIE LINKE überschrieben, den sie im Mai-Plenum zur Abstimmung stellte und über den die Landesregierung aufgefordert wird, sich auf Bundesebene für den Verzicht auf das Betreuungsgeld einzusetzen und stattdessen den Ausbau von Krippenplätzen und die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf



qualitativ hochwertige, ganztägige Betreuung für unter Dreijährige voranzutreiben. „Es besteht die Gefahr, dass positive Entwicklungen der letzten Jahre durch das von der CSU und kleinen Teilen der CDU gewollte Betreuungsgeld konterkariert werden“, so Werner, die den LINKE-Antrag vom Parlament begründete und auf die bisherige Entwicklung verwies: „Selbst Teile der CDU hatten sich für den Ausbau der Kinderbetreuung, für Ganztagschulen, den Rechtsanspruch auf Kita für unter Dreijährige

und für bessere Bildung insgesamt ausgesprochen. Diese Ansätze der Familienpolitik wurden von einem großen gesellschaftlichen Konsens getragen. Mit dem Betreuungsgeld könnte viel wieder kaputt gemacht werden.“

Werner nannte es „seltsam“, dass Eltern mit dem Betreuungsgeld eine finanzielle Leistung erhalten, weil sie ein öffentliches staatliches Angebot nicht nutzen, auf das sie einen Rechtsanspruch hätten: „Begründet wird das mit Anerkennung und Wahlfreiheit. Dabei treffen Eltern eine solche Entscheidung nicht wegen 150 Euro! Wirkliche Anerkennung für Eltern nimmt Familien und deren Ansprüche wirklich wahr und berücksichtigt deren Lebenswelt, um damit ein gedeihliches Entwi-

ckeln aller Familienmitglieder zu ermöglichen.“

Als besonders perfide kritisiert DIE LINKE, dass Eltern, die Hartz IV beziehen (und ihr Elterngeld bereits auf Hartz IV angerechnet bekommen!), kein Betreuungsgeld erhalten sollen. „Damit wird doch de facto behauptet, dass ihre Erziehungsleistung weniger wert ist, dass es Eltern erster und zweiter Klasse gibt. Das ist verfassungsrechtlich höchst bedenklich!“, so Heike Werner. Was Eltern wirklich wollen, darüber gibt eine Elternbefragung in Dresden Auskunft: Qualifizierte Kita-Betreuung und flexible und bedarfsgerechte Öffnungszeiten! Ungeachtet dessen wurde der Antrag der LINKEN mit schwarz-gelber Landtagsmehrheit abgelehnt.

Sachsens Bildungslandschaft – es brennt an allen Ecken!



Kaum ein Politikfeld eint die Fraktionen von DIE LINKE, SPD und GRÜNE mehr als die Bildung. Kein Wunder also, dass die drei Fraktionen im Mai einen gemeinsamen Antrag in den Landtag einbrachten, der auf die Sicherung und Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in Sachsen zielt. Während im Plenarsaal über Lehrer- und Dozenten-Notstand gestritten wurde, machten ca. zweieinhalbtausend Studierende, Schüler/innen, Eltern und Lehrkräfte vorm Landtag auf die Misere aufmerksam und forderten die Rücknahme der Stellenkürzungen an den Hochschulen und ausreichend schulische Lehrkräfte.

Wie dringend das ist, rechnete der **wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecher der LINKEN, Prof. Dr. Gerhard Besier** vor: „Im Oktober 2008 vereinbarten Bund und Länder u.a. folgende Ziele: Steigerung der Bildungsausgaben auf zehn Prozent des Bruttoinlands-

produkts bis 2015, Halbierung der Quote der Schulabgänger ohne Abschluss auf vier Prozent; Erhöhung der Quote der Studienanfänger auf 40 Prozent eines Altersjahrgangs.

Und hier ist Sachsens Bilanz: Das Zehn-Prozent-Ziel der Bildungsfinanzierung liegt in weiter Ferne. Der Anteil der Forschung am BIP beträgt 2,59 Prozent; der Anteil der Bildung bei rund vier Prozent. Die Halbierung der Quote der Absolventen allgemein bildender Schulen ohne Hauptschulabschluss ist bei derzeit elf Prozent nicht einmal ansatzweise erkennbar. Die Anhebung der Zahl der Studienanfänger ist nicht erreicht.“

Das Resultat der verfehlten Personalpolitik fasst die **LINKE Bildungsexpertin Cornelia Falken** zusammen: „An den Schulen fällt massiv Unterricht aus, Klassen werden zusammengelegt, weil

Lehrer fehlen. Ein weiteres großes Problem zeichnet sich ab: Wir werden bereits im kommenden



Am Rande der Großkundgebung am 10. Mai 2012 übergab eine Schüler-Abordnung Rote Karten an Kultusministerin Brunhild Kurth (re.).

Schuljahr den Fachunterricht nicht mehr überall mit Fachlehrern ausstatten können. Dem Rückgang an Lehrkräften steht ein Anwachsen der Schülerzahlen gegenüber. Dresden bspw. rechnet bis 2020 mit einem Plus an 20.000 Schülerinnen und Schülern, Leipzig mit ca. 17.000.

Auch die Hochschulen bekommen mehr Studierende als prognostiziert, dennoch sollen bis 2020 über 1.040 Stellen gestrichen werden. Was folgt ist eine schlechte Betreuungsrelation und mangelnde Studienqualität. Statt weiterer Personalkürzungen brauchen wir mindestens 1.600 Neueinstellungen pro Jahr und eine am wachsenden Bedarf orientierte Finanzierung von Schule, Hochschule und Forschung, denn Investitionen in Bildung und Wissenschaft sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Freistaates Sachsen!“

Drei Fragen + drei Antworten = 1 Buchtipp

MdL Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag und Mitautorin des Buches „Made in Thüringen? Naziterror und Verfassungsschutzskandal“ berichtet über Motiv, Inhalt und Wirkung des Buches:

Wie kam es dazu, dieses Buch aufzulegen? Wer hatte die Idee und warum?

Die Idee entstand bei einem gemeinsamen Treffen der Innen- bzw. Rechtspolitiker und -politikerinnen der Linksfractionen aus Thüringen und Sachsen in Erfurt. Wir haben zur Aufklärung der Vorgänge um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU), mögliche Behördenkumpanei und Behördenversagen in Zusammenhang damit von Anfang an eng zusammengearbeitet. Wir tun dies selbstverständlich auch heute noch. Ursprünglich war eine gemeinsame Herausgeberschaft durch beide Fraktionen geplant, doch ließ sich dies nicht durchführen. Also hat dies Bodo Ramelow übernommen, der tatsächlich als Fraktionsvorsitzender in Thüringen auch die treibende Kraft bei dem Projekt war. Festzuhalten bleibt, dass wir gemeinsam Recherche betrieben haben.

Das hat uns in beiden Bundesländern genützt, das hat auch der Aufklärung insgesamt genützt.

Wir wollten von Anfang an das Buch am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, präsentieren. Das haben wir geschafft. Es ist ein passendes Datum für eine solche Veröffentlichung. Damit sind wir deutlich schneller gewesen als das erste offizielle Dokument, das Schäfer-Gutachten aus Thüringen. Immerhin haben die etwas vorgelegt. Das sächsische Innenministerium dagegen betreibt Vogel-Strauß-Politik und tut in aller Regel so, als wisse es noch nicht einmal, dass es so etwas wie den NSU überhaupt gegeben hat. Und Fehler haben sächsische Behörden selbstverständlich nicht begangen!

Warum schreibt eine so große Autorengruppe und an wen konkret richtet sich das Buch?

Ganz einfach: Wir wollten eine sinnvolle Mischung aus Vertretern der Opfergruppen, die noch immer zu selten gehört werden, aus sachverständigen Journalistinnen und Journalisten sowie linken Politikerinnen und Politikern. Da die Behörden, besonders hier in Sachsen, die Aufklärung

behindern, muss öffentlicher Druck aufgebaut werden. Unsere Zielgruppe sind nicht Fachleute, sondern allgemein politisch interessierte Menschen, die sich Sorgen wegen der Neonazis und ihrer Gewalt machen. Denen wollen wir fundierte Argumente an die Hand liefern.

Wie ist die Resonanz auf das Buch, was wird bei Podiumsdiskussionen nachgefragt und gibt es da Unterschiede in den Bundesländern?

Ich habe inzwischen eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema gemacht: von Strausberg über Bad Oldesloe bis zu diversen Abenden in NRW. Allgemein herrscht sehr großes Misstrauen gegenüber dem Geheimdienst. Natürlich mit Recht. Im Westen machte man sich häufig Vorwürfe, dass die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen in den letzten Jahren vernachlässigt wurde und deren Hinweise, dass es sich um eine rassistische Mordserie handelt, nicht ernst genug genommen wurden. Solche Selbstreflexion ist im Osten eher selten gewesen. Allgemein war das Lob für uns als LINKE von Menschen außerhalb der Partei für unsere gute Aufklärungsarbeit und Hartnäckigkeit. Das spornt natürlich an. Diese Kraft brauchen wir auch. Es liegt noch viel Arbeit vor uns.



Foto: efa

Am 8. Mai 2012 erschien das Buch „Made in Thüringen? Naziterror und Verfassungsschutzskandal“, herausgegeben von Bodo Ramelow. Auf reichlich 200 Seiten beleuchtet eine Autorengruppe Hintergründe, Motive und das politisch-soziale Klima, vor dem der „Nationalsozialistische Untergrund“ 13 Jahre lang nahezu ungestört morden und rauben konnte. „Der Staat hat bei der Bekämpfung dieser Strukturen versagt – war er auf dem rechten Auge blind?“, fragt der Klappentext. Neben der Antifaschismusexpertin der LINKEN Landtagsfraktion in Sachsen, Kerstin Köditz, schreiben Frauke Büttner, Steffen Dittes, Michael Ebenau, Katharina König, Felix Korsch, Aiman A. Mayzek, Wolfgang Nossen, Petra Pau, Martina Renner, Andrea Röpcke, Romani Rose, Paul Wellsow, Gerd Wiegel, Volkmar Wölk, Stefan Wogawa u.a.m.

„Made in Thüringen? Naziterror und Verfassungsschutzskandal“

EUR 12,80
VSA: Verlag; E-Mail: info@vsa-verlag.de
ISBN 978-3-89965-521-6



Plenarspiegel Mai 2012

Am 9. und 10. Mai 2012 fand die 55. und 56. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Folgende parlamentarische Initiativen wurden von bzw. mit der Fraktion DIE LINKE eingebracht:

Aktuelle Debatte:

„Landesentwicklungsplan ‚übersieht‘ Barrieren – Staatsregierung muss nachbessern!“

Gesetzentwürfe

Fraktionen DIE LINKE und SPD: „Gesetz zur Neufassung des **Vergaberechts** im Freistaat Sachsen und zur Änderung weiterer Vorschriften“ (Drs 5/9013)

„Gesetz über die Öffentlichkeit der Verwaltung und die **Freiheit des Informationszugangs** im Freistaat Sachsen [Sächsisches Verwaltungstransparenzgesetz]“ (Drs 5/9012)

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Grüne:

„Bildungslandschaft Sachsen sichern und weiterentwickeln“ (Drs 5/8987)

Änderungsanträge

– zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Neuregelung des Jagdrechts im Freistaat Sachsen; (Drs 5/9075)

– zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur „Änderung des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe“; (Drs 5/9074)

– zum Antrag der Fraktion GRÜNE zur „Quantifizierung des kommunalen Investitionsbedarfes“; (Drs 5/9088)

Entschließungsantrag

zur Fachregierungserklärung von Innenminister Markus Ulbig (CDU) zum Thema: „Bewahren. Erneuern. Gestalten. – Stadtentwicklung im Freistaat Sachsen.“ (Drs 5/9068)

Antrag:

„Nein zum Betreuungsgeld – Ja zum **Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz**“ (Drs 5/9001)

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de



Foto: DAK

Gut besucht war auch in diesem Jahr wieder der **Frühlingsempfang der Fraktion DIE LINKE**, den sie heuer direkt im Landtag gab - allerdings nicht im Plenarsaal, sondern mit direktem Elb-Blick im Landtags-Restaurant Chiaveri. Bei Häppchen und Wein ließ sich in lockerer Atmosphäre gut plauschen und über all das reden, was bewegt. Für den kulturellen Rahmen sorgten die Musikerinnen vom Duo „CELLcanto“ (Bild rechts) und der Schauspieler Franz Sodann, der „kulturpolitische Kabinettstückchen“ präsentierte. (Bild links, 2. v. li. im Gespräch mit Fraktionschef Dr. André Hahn)



Foto: DAK

„Gläserne Ministerien“ – Verwaltungstransparenz in die Verfassung!

Über Behörden-Transparenz wird oft gesprochen, an praktikablen Wegen, diese zu erreichen aber fehlt es. Die Fraktion DIE LINKE will dem mit einem „Sächsischen Verwaltungstransparenzgesetz“ abhelfen. Im Maiplenum wurde es präsentiert.

„Unser Gesetz bringt die Bürger/innen auf Augenhöhe mit der Verwaltung, denn was die Verwaltung weiß, soll auch die Allgemeinheit wissen können. Dabei denken wir bspw. an Gutachten, Stellungnahmen, Kontrollergebnisse oder Verträge. Schließlich wurden diese ja auch auf Kosten der Allgemeinheit beschafft, folglich hat die Allgemeinheit auch das Recht, darüber zu erfahren“, so **Julia Bonk, Sprecherin für Daten- und Verbraucherschutz und neue Medien**.

Dem Gesetzentwurf nach soll die Informationsfreiheit in der Verfassung verankert werden, die Kontrolle übernehme der Datenschutzbeauftragte. Zur Nutzung der Informationsfreiheit ist auf lizenzierte Software zu verzichten, müssen die Dokumente nutzerfreund-



Foto: efa

lich aufbereitet sein und dürfen die Bürger/innen für abgefragte Verwaltungs-Informationen nicht zur Kasse gebeten werden.

Für **Klaus Bartl, Sprecher für Verfassungs- und Rechtspolitik**, ist die Durchsetzung der Informationsfreiheit überfällig: „Die Freiheit des Zugangs zu Informationen hat das Bundesverfassungs-

gericht bereits 1983 in seinem so genannten Volkszählungsurteil als ‚elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten demokratischen Gemeinwesens‘ bezeichnet. Diesem Anspruch hinken Verfassungslage und Lebensrealität in Sachsen hinterher. Wir wollen erreichen, dass als Pendant zum Datenschutz künf-

tig auch jeder und jede einen unbürokratischen Anspruch auf Informationszugang gegenüber allen öffentlichen Stellen im Land hat. Unser Gesetzentwurf soll helfen, den Beschluss der 23. Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten Deutschlands vom November 2011 für Sachsen umzusetzen: „Informationsfreiheit in das Grundgesetz und in die Länderverfassungen!“



Foto: Susanne Ritter

Charlotte Kaiser und Hannah Brandt beim Girls' Day 2012 in der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Der 26. April 2012 war für Hannah Brandt (12, re.) und Charlotte Kaiser (13, li.) der Tag, an dem sie sich konkret mit Sachsens Landesparlament befassen sollten. Als Gäste der Fraktion DIE LINKE bekamen die Schülerinnen des Evangelischen Kreuzgymnasiums eine exklusive Führung durch das „Hohe Haus“ am Elbufer und durften LINKEN Abgeordneten und Mitarbeiter/innen in Frage-Antwort-Runden „auf den Zahn fühlen“. Hannah und Charlottes Tagesbilanz fiel positiv aus: „Wir würden jedem empfehlen, mal den Landtag zu besuchen, auch weil man dort mal etwas anderes hört und viel über Perspektiven von Frauen und Mädchen erfahren kann.“ Spannend fanden die Mädchen auch den Vortrag von MdL Heiderose Gläß über „Frauen & Politik“ und erfrischend-erfreulich die schon obligatorische Portion Eis als sahnigen Abschluss des **Girls' Day 2012** bei den Landtags-LINKEN.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351/493-5800
Fax: 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag